
Vereinigtes Königreich

HELEN WALLACE

1999 war ein Jahr, in dem die britische Europapolitik über weite Politikbereiche hinweg in den Rhythmus eines konstruktiven Engagements fand. Sowohl auf der Ebene der alltäglichen Politik, als auch auf der Ebene der strategischen Politikgestaltung war die britische Regierung ein bereitwilliger und aktiver Partner. Ein Bereich, in dem sie zur Ausnahme neigte, nämlich der der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), konnte sich jedoch halten. Die britische Politik blieb auf Abstand zu der Euro-11-Gruppe und zur neuen Währung. Drei andere strategische Bereiche der Politikgestaltung nahmen ebenfalls Gestalt an: die Europäische Verteidigungsinitiative, die Debatte um Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit und die Konsolidierung der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres. In jedem der drei Bereiche, überraschenderweise auch im Bereich Justiz und Inneres, war die britische Regierung ein stark interessierter Partner, der zu jedem Diskussionsfeld seine eigenen Vorstellungen zur Ankurbelung der europäischen Integration einbrachte.

Konstruktivem Engagement in den meisten Feldern der EU-Politik stand jedoch eine schwankende Bereitschaft politischer Verpflichtung gegenüber. Auf der einen Seite wurde „New Labour“ und der „Dritte Weg“ als Beispiel der politischen Erneuerung den anderen EU-Ländern zur Nachahmung empfohlen. Auf der anderen Seite war die Labour-Regierung – nervös wegen der öffentlichen Meinung innerhalb des Vereinigten Königreichs und aufgrund des Stimmungstests der Wahlen – wiederholt zögerlich bei der Werbung für ihre Europapolitik im eigenen Land. Diese Nervosität gab den gleichbleibenden Tendenzen von Euroskeptizismus und Eurokritizismus Auftrieb, die weiterhin die Politik der Konservativen Partei charakterisierten.

Europäische Verteidigung

Die Erklärung von St. Malo der britischen und französischen Regierung von Ende 1998 leitete den Senkrechstart für eine Europäische Verteidigungsinitiative ein. Die britische und französische Regierung mussten nun andere europäische Regierungen, besonders die deutsche, mit an Bord holen. Es wurde eine intensive Runde bilateraler und multilateraler Gespräche geführt, um die in St. Malo skizzierten Ideen zu einer konkreten und überzeugenden Agenda der Verteidigungszusammenarbeit zu formen. Diese anfangs auf theoretischer Ebene geführte Debatte fand sich bald auf einer schmerzhaft praktischen Aktions- und Erfahrungs-

ebene wieder. Ein Teil des Impulses der französisch-britischen Initiative entstand aus der gemeinsamen Analyse der Kriegsführung und der Konsequenzen des Krieges in Bosnien. Anfang 1999 verschlechterte sich die Situation im Kosovo dramatisch. Eine Runde von Verhandlungsversuchen brachte keine Lösung, während die Fernsehbilder die vertriebenen Flüchtlinge, die aus dem Kosovo strömten, drastisch vor Augen führten. Tony Blair, der britische Premierminister, war einer der ersten politischen Führer der EU, der dies als einen Grund zur militärischen Intervention akzeptierte. In der Tat war diese Entscheidung ein, vielleicht der entscheidende Katalysator, um die NATO-Koalition zu ermöglichen, die die Bombenangriffe auf Jugoslawien unternahm. Während der folgenden Bodenoperation geriet ein militärisches Kontingent der KFOR auf dem Flughafen Pristina in die Zwickmühle zwischen einem eintreffenden russischen Sonderkommando und den konfrontativen Instruktionen aus dem NATO-Hauptquartier. General Michael Jackson, der britische Kommandeur der KFOR, entschied sich für eine Übereinkunft mit den Russen – eine lebhaft demonstrierende, dass die Briten nicht notwendigerweise der Führung der Amerikaner folgen.

Die Kosovo-Erfahrung, an der Spitze des anhaltenden Bedarfs an Einsätzen in Bosnien, Makedonien und Albanien, deckte beunruhigend plötzlich auf, welche Anstrengungen notwendig sein würden, damit die Europäer in der Lage sind, Petersberg-Aufgaben ohne die Amerikaner auszuführen. Die britische Regierung und die militärische Führung zogen rasch konkrete Schlüsse, die grundsätzlich zweierlei Art waren. Erstens entwarfen sie ziemlich präzise die Truppenstärke, den Ausrüstungsbedarf und die finanziellen Kosten zur Erreichung der europäischen Verteidigungsautonomie, resümierend, dass dafür umfangreiche und anhaltende Investitionen in die Verteidigung in ganz Europa nötig würden. Zweitens folgerten sie, eher überraschend, dass diese Investitionen außer unter dem Dach der EU nicht erreichbar sein würden, da die Verbindung zur EU gegeben sein müsste, um anderen europäischen Regierungen, insbesondere der deutschen, einen Ansporn zu geben, rasch tätig zu werden. Die britische Regierung war deshalb die aktivste Unterstützerin sowohl des Übereinkommens über das Vorgehen auf dem Europäischen Rat in Köln als auch der Zielvorgabe, eine schnelle Eingreiftruppe zu schaffen, die auf dem Europäischen Rat in Helsinki niedergelegt wurde. Das Ausmaß des britischen Engagements kann kaum überschätzt werden, besonders wegen der starken britischen Präferenz, die europäische Verteidigung über die NATO zu kanalisieren.

Der Erfolg der Europäischen Verteidigungsinitiative hängt für die Briten folglich davon ab, wie weit die europäischen Partner auf die Herausforderung reagieren und ob zwischen der NATO und der EU ein neues Verbindungsglied eingefügt werden kann. Zu bemerken ist hier die Ernennung von George Robertson, dem früheren Labour-Verteidigungsminister (dem Geoffrey Hoon nachfolgte) zum NATO-Generalsekretär, wie auch die Übertragung des Zuständigkeitsbereichs Außenbeziehungen in der Europäischen Kommission an Chris Patten. Dies sind weitere Bausteine, um die Entwicklung entlang der Linie britischen Denkens zu fördern.

Beschäftigungspolitik und Wettbewerbsfähigkeit

Zur Rolle der EU im Bereich der Sozial- und Beschäftigungspolitik schwankten die Briten – unabhängig von der amtierenden Regierung und ihrer parteipolitischen Couleur – zwischen lauwarmer Zustimmung und ausgesprochener Feindschaft. Zu Beginn ihrer Amtszeit war die Labour-Regierung 1997 zum Sozialprotokoll von Maastricht umgeschwenkt, verfolgte aber nervös die andauernde Diskussion in der EU über das Wiederauflebenlassen der sozialen Dimension. New Labour hat nicht die Geschäftswelt umarmt und liberalisierte und flexible Arbeitsmärkte gefördert, um sich nun von EU-inspirierten Rigiditäten mit korporatistischem Beigeschmack behindern zu lassen. Auf der anderen Seite impliziert die Logik des Binnenmarkts eine Notwendigkeit, manche dieser Themen im europäischen Maßstab zu beachten. Die britische Politik war so vor die Herausforderung gestellt, zu versuchen, die Wogen der europäischen Debatte soweit zu glätten, dass sie britischen Interessen nicht allzu sehr gegen den Strich ging.

Justiz und Inneres

Die britische Teilnahme an den entstehenden Regelungen der EU für den Bereich Justiz und Inneres war eingegrenzt durch die Art und Weise, wie das Schengener Abkommen in den Vertrag von Amsterdam integriert wurde. Die damals frisch ins Amt gekommene Labour-Regierung hatte beschlossen, ihre Autonomie durch das Bestehen auf den Ausnahmeregelungen („Opting-out“) zu bewahren. Dies schloss sie aus den Schengener Vorkehrungen insgesamt aus. Das war der Preis, der für die Beibehaltung eines eigenen britischen Grenzkontrollregimes gezahlt werden musste. Um dies umzukehren, würde nicht nur ein Wandel der britischen Politik nötig sein, sondern auch der einstimmige Konsens aller Schengen-Staaten, eine Vorkehrung, die auf Betreiben der spanischen Regierung eingeführt wurde. Während der Jahre 1998 und 1999 wurde es offensichtlich, dass die Entwicklung der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres sowohl im Bereich von Schengen wie auf parallelen Gebieten der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit schnell voranschritt.

In wachsendem Maße sahen sich die Briten in der Situation, vieles aus der Logik der Zusammenarbeit heraus zu akzeptieren, aber bei manchen der Instrumente der Zusammenarbeit, wie am Schengener Informationssystem, nicht beteiligt zu sein. Während des Jahres 1999 entschloss sich die britische Politik im Bereich Justiz und Inneres zunehmend zu einem pragmatischen und funktionalen Ansatz der Kooperation. Britische Behörden, wie die Polizei, wurden von den funktionalen Bedürfnissen immer mehr in Richtung einer Ausweitung ihrer Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit ihren Pendanten in den anderen EU-Staaten gezogen. Inzwischen veranlassten steigende Zahlen von Asylbewerbern und irregulären Einwanderern in das Vereinigte Königreich die britische Regierung, dichtere Kontrollen und eine Revision der Politik und der Gesetzgebung zu befürworten, so dass sich Minister und Verwaltung in der Substanz ihrer Politik viel näher bei ihren kontinentalen Kollegen wiederfanden. Auch verlor die Betonung einer Beibehaltung separater

britischer Grenzkontrollen in einem Umfeld ihre Resonanz, in dem selbst die insularen Grenzen Großbritanniens in zunehmendem Maße durchlässig wurden. Im März 1999 war Jack Straw, der Innenminister, zu der Erklärung bereit, dass die Briten sich auf ein an Schengen orientiertes System zu bewegen und es daher begrüßen würden, an vielen der neuen Mechanismen von Schengen ganz beteiligt zu werden. Die Frage, die blieb, war, wann und wie dies erreicht werden könnte.

Im Laufe von 1999 entwickelte sich die britische Regierung zu einer treibenden Kraft, die es vermochte die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres in Schwung zu bringen. Daher beteiligte sie sich aktiv an der Diskussion, die zum Europäischen Rat von Tampere im Oktober 1999 führte, und stand voll hinter den ehrgeizigen Schlussfolgerungen von Tampere. Diese Entwicklung der Politik brachte den Status von Gibraltar, die Quelle einer sensiblen bilateralen Meinungsverschiedenheit zwischen dem Vereinigten Königreich und Spanien, auf die Tagesordnung. In Amsterdam bestand die spanische Regierung darauf, den Beitritt Großbritanniens zum Schengener Abkommen nur mit dem einstimmigen, d.h. spanischen, Votum der Schengen-Länder zu ermöglichen. Ihr Ziel war es, ein Druckmittel für das Gibraltar-Thema in der Hand zu behalten. Während des Jahres 1999 unternahmen die Briten diskret einen vorsichtigen erneuten Versuch, aus dem Gibraltar-Thema die Luft herauszulassen.

Wirtschafts- und Währungsunion

Die WWU blieb ein viel weniger lenkbares Thema für die Briten. Auf der einen Seite war die britische Regierung erfreut über die Folgen ihrer Entscheidung von 1997, die Bank von England unabhängig zu machen. Mit der Unabhängigkeit der Bank von England übernahm sie vieles von der politischen Begründung der WWU – nämlich die Gestaltung der Währungspolitik aus der politischen Arena herauszuhalten. Auch deswegen stehen die Briten einem Kompetenzzuwachs des ECOFIN-Rats (dem Rat der Finanz- und Wirtschaftsminister) zur Einmischung in währungspolitische Fragen äußerst reserviert gegenüber. Die britischen innenpolitischen Ziele der Wirtschaftspolitik waren auf einer Linie mit den Kriterien von Maastricht. Andererseits verursachten die Schritte, die zur Verschmelzung des Pfund Sterling mit dem Euro nötig sind, weiterhin politische Magenverstimmungen. Das Jahr endete, ohne dass Großbritannien der WWU näher gekommen ist.

Wo lagen nun die wichtigsten britischen Hinderungsgründe? Einige waren ökonomisch. Der britische Wirtschaftskreislauf folgt weiterhin einem anderen Rhythmus als dem in „Euroland“. Darüber hinaus zeigte die Entwicklung des Wechselkurses des Euro einen tiefen Fall seines relativen Wertes gegenüber Dollar und Pfund Sterling. Diese Divergenz förderte den öffentlichen Eindruck im Vereinigten Königreich, dass der Euro eine schwache Währung sei. Die Folge jedoch war, dass britische Waren, die in andere Teile der EU exportiert wurden, sich mehr und mehr verteuerten. Dies blieb aber im Laufe des Jahres ein Thema, das nicht zur Sprache kam. Wählerumfragen im Vereinigten Königreich zeigen weiterhin eine erhebliche Antipathie gegenüber der WWU in der Bevölkerung an.

Dennoch wurden die Konturen der Debatte 1999 klarer gezogen, da die Pro- und Anti-WWU-Lager sich systematischer zu organisieren begannen. Kein Datum des WWU-Referendums war in Sicht, aber die Dächer, unter denen die jeweilige Kampagne geführt werden sollte, wurden geformt. Es gab bereits eine Ansammlung von euroskeptischen Gruppierungen; wie auch das „Business for Sterling“, eine Koalition aus WWU-Gegnern, die aber andererseits für sich in Anspruch nahm, pro-europäisch zu sein. Die Lücke bestand auf der Seite der WWU-Befürworter. Dort hielt man die Europäische Bewegung für eine zu breit angelegte Organisation, um als Mittelpunkt einer Pro-WWU-Kampagne agieren zu können. Deshalb formte sich „Britain in Europe“ als Sperrspitze eines überparteilichen Dachs mit einem Team politischer Aktivisten, deren Aufgabe es ist, eine schwergewichtige Kampagne zu starten und sehr eng mit der pro-europäischen Wirtschaft und pro-europäischen politischen Führern, die für die WWU plädieren, zusammenzuarbeiten. Der Stil wurde auf dem Kampagnenansatz gegründet, der 1997 so erfolgreich den Wahlsieg für New Labour ermöglichte. Jedoch war es schwierig, daraus in der Praxis Ergebnisse zu erzielen, nicht zuletzt wegen des Fehlens eines erklärten Zeitplans für das Referendum.

Ein weiterer Reibungspunkt war die andauernde Meinungsverschiedenheit zwischen der britischen Regierung und ihren EU-Partnern über die Steuerharmonisierung in der EU und besonders über die vorgeschlagene Quellensteuer auf Sparguthaben. Die britische Regierung hielt an der Anschauung der 'City of London' fest, dass die EU-Vorschläge der Attraktivität Londons als internationales Finanzzentrum schweren Schaden zufügen würden.

Andere Themen

Unter den vielen anderen 1999 in der Diskussion befindlichen Themen mit EU-Bezug waren zwei mit besonderer Bedeutung für das Vereinigte Königreich: die Agenda 2000 und die andauernde BSE-Saga. Bei beiden handelt es sich um Bereiche, in denen das Vereinigte Königreich wegen seiner speziellen Bedürfnisse und Umstände eine exponierte Stellung einnahm. Jedoch versuchte bei beiden Themen die Labour-Regierung sensible Bereiche eher konzilient als konfrontativ zu behandeln.

Agenda 2000

Die britische Regierung hatte wichtige Interessen in und eine dezidierte Ansicht über alle Teile der Agenda 2000. Eine systematische Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) blieb ein britisches Kernziel, obgleich der starke Rückgang der Einkommen der Landwirte im Vereinigten Königreich bedeutete, dass eine kämpferische Bauernlobby Druck für steigende finanzielle Unterstützung ausübte. Eine Anpassung der Strukturfonds war an sich und zur Vorbereitung auf die Osterweiterung der EU notwendig, aber innerhalb des Vereinigten Königreichs bestanden die Nutznießer existierender EU-Programme weiter auf ihrem Anspruch auf Unterstützung, während die Vertreter von früher ausgeschlossenen Gegenden ebenso

stark auf EU-Gelder drängten. Noch heikler war, dass mit einer wachsenden Anzahl von Nettozahlern die finanzielle Entlastung der Briten in Frage gestellt wurde.

Die britische Regierung verfolgte im Ergebnis eine dreigleisige Strategie. Erstens übte sie in der Landwirtschaft einen kontinuierlichen Druck für eine breite Reform aus, um die Kosten und die wirtschaftliche Verzerrung der GAP zu verringern und die Politik von ihrem Schwerpunkt in der Produktion weg und hin zu einer Politik mehr für den ländlichen Raum zu bewegen. Zweitens waren die Briten, was ihre Nettozahlerposition anging, darauf bedacht, ihre Entlastung zu schützen, aber gleichzeitig waren sie bestrebt, dies auf eine möglichst schonende Weise zu machen. Dabei war den Briten die Tatsache, dass die Entlastung die Formel des Status quo war, eine große Hilfe. Drittens arbeitete die britische Regierung (wie alle anderen EU-Regierungen auch) in den Details der Strukturfonds eifrig daran, besonders die eigenen Nutznießer zu schützen und zu fördern, speziell diejenigen, die bei Wahlen mit ausschlaggebend sein könnten. Zusätzliche politische Würze gab hier die Dezentralisierung in Schottland und Wales. Das Ergebnis des Europäischen Rates in Berlin im März 1999 entsprach den britischen Vorstellungen weitgehend, obgleich die Briten eine härtere Gangart bei der GAP-Reform bevorzugt hätten. Vielleicht diente der Schatten, den die Intervention im Kosovo über Berlin warf, am stärksten zur Verringerung dessen, was sonst eine erbittertere Diskussion über die Agenda 2000 und vielleicht über die britische Entlastung hätte werden können.

Die BSE-Saga

Die BSE-Saga blieb auf der Tagesordnung. Ziel Großbritanniens war es, die Aufhebung des EU-Banns auf den Export von britischem Rind in die übrigen EU-Staaten zu erreichen. Ende Juli 1999 waren die Kommission und der Rat davon überzeugt, dass die Anwendung von vorsorglichen Kontrollen im Vereinigten Königreich ausreichend streng waren, um die verschiedenen wissenschaftlichen Ausschüsse davon zu überzeugen, dass britisches Rind relativ sicher exportiert werden könnte. Die Übereinstimmung auf EU-Ebene war eine Sache, die Umsetzung in wirkliche Exporte aber eine andere. In Deutschland blieben mehrere Länderregierungen bei ihren Vorbehalten, was eine tatsächliche Aufhebung des Banns in Deutschland in den folgenden Monaten verhinderte. In Frankreich weigerte sich die neue und unabhängige Agentur für Lebensmittelsicherheit, die Aufhebung des Banns anzuerkennen. Die britischen Medien konzentrierten sich viel stärker auf die französische als auf die deutsche Zurückhaltung, was die immer wiederkehrende Begeisterung derer, die die Schlagzeilen schreiben, für „anti-französische Geschichten“ widerspiegelt. Interessanter Weise widerstand sowohl die französische wie die britische Regierung in den letzten Monaten von 1999 der Versuchung, ein populistisches Spiel mit diesem Thema zu treiben. Die französische Regierung sah sich nicht in der Lage, die Agentur für Lebenssicherheit zu umgehen. Die britische Regierung versuchte es 1999 mit einem völlig anderen Ansatz als ihre Vorgängerin 1996. Dieses Mal wählte sie den Weg einer vollen

Anlehnung an EU-Verfahren, um eine Lösung zu erreichen. Daher ermutigte sie eher die Kommission, rechtliche Schritte gegen Frankreich vor dem Europäischen Gerichtshof einzuleiten, statt die Spannungen bilateral anzuheizen.

Reform und Erweiterung der EU

Das andere Haupttableau von Themen betraf die Reform der EU-Institutionen und die Vorbereitung auf die Erweiterung. Die britische Politik favorisierte konstant die Erweiterung. Konkret war die britische Regierung für einige Zeit besorgt darüber, ob und wie die Türkei in den Erweiterungsprozess einzubeziehen wäre. Sie war einer der stärksten Befürworter der gemeinsamen Entscheidung des Europäischen Rates in Helsinki, der Türkei den Kandidatenstatus zu verleihen. In ähnlicher Weise spielten die Briten eine aktive Rolle bei der Ausdehnung der Beitrittsverhandlungen auf die assoziierten Länder, die von der ersten, in Luxemburg eingeladenen Gruppe ausgeschlossen waren. In den substanziellen Themen, die die Kommission im Screening-Prozess mit den Beitrittskandidaten verhandelte, war die britische Politik im Regelfall auf einer Linie mit der allgemeinen Forderung der Europäischen Union, auf der Notwendigkeit der Übernahme des gemeinsamen Besitzstandes durch die Beitrittskandidaten zu bestehen.

Was die institutionelle Reform betraf, reagierten die britischen Vertreter in den EU-Institutionen umgehend auf die Ereignisse, die zum Rücktritt der Santer-Kommission führten. Pauline Green, die damalige Fraktionsführerin der Sozialisten im Europäischen Parlament, war schließlich eine der Protagonistinnen bei den Anstrengungen des Europäischen Parlaments, Druck auf die Kommission wegen des Vorwurfs des Missmanagements und des Nepotismus auszuüben. In den darauf folgenden Wochen war Tony Blair einer der ersten Premierminister, der argumentierte, dass der nächste Kommissionspräsident ein führender Politiker mit politischem Gewicht sein müsse und mit einem Reformauftrag ernannt werden sollte. Blair befürwortete die Ernennung von Romano Prodi und die Regierung begrüßte die Chance, dies mit einem starken Reformauftrag zu verbinden, was u.a. die Übertragung des Zuständigkeitsbereichs Verwaltungsreform an Neil Kinnock bestärkte. Später im Jahr kam es in anderen Ländern zu Andeutungen, dass der Reformprozess der Kommission in britischen Händen liegen würde.

Die Regierungskonferenz 2000 betreffend favorisierte die britische Regierung konsequent eine Beschränkung der Agenda auf die 'left-overs' von Amsterdam, um die anstehenden Probleme bewältigen zu können und um nicht neue und schwierige Themen aufzugreifen, die innenpolitisch kontrovers sein könnten. Trotzdem, und vielleicht überraschenderweise, gaben die Briten ihre Einwilligung zu einem neuen ungewöhnlichen Gremium, dem Grundrechtskonvent, um eine EU-Charta der Grundrechte zu entwerfen.

Innenpolitik

New Labour hatte einen langen Weg bis zur Entwicklung und Operationalisierung einer engagierten und aktiven Europapolitik zurückgelegt. Aber der Aktivismus

wurde innerhalb der Mauern der verschiedenen Verhandlungsforen der EU sichtbarer als in der innenpolitischen öffentlichen Debatte. Hier war die Regierung sehr viel zögerlicher, während die Konservativen in eine zunehmend euroskeptische Richtung drifteten. Das wurde bei den Europawahlen im Juni 1999, den ersten, die im Vereinigten Königreich nach einem Verhältniswahlrecht (geschlossene regionale Listen) abgehalten wurden, lebhaft demonstriert. Der Wahlkampf wurde geprägt von einem lautstarken konservativen Wahlkampf mit dem Slogan „In Europe but not run by Europe“ und einem Labour-Wahlkampf auf der leisesten Tonart, die möglich war. Das Blair-Team hatte die Befürchtung bei der Wahl seine Position einzubüßen, in der es verglichen mit dem exzellenten Abschneiden von 1997 nur Sitze und Stimmen verlieren konnte.

Zu bemerken bleibt: Die UK Independence Party legte trotz des eurokritischen Wahlkampfs der Konservativen zu, die Grünen brachten erstmals einen Fuß auf den Boden, die britischen Liberalen wurden die größte Gruppe in der europäischen Fraktion der Liberalen, Demokraten und Reformer (ELDR) im Europäischen Parlament, und sowohl die Nationalisten aus Schottland wie die aus Wales sicherten ihre Vertretung. Dieses pluralere Muster der Parteienlandschaft markierte eine interessante neue Entwicklung in der britischen Politik, die zum Teil die Auswirkungen der Dezentralisierung widerspiegelte, zum Teil von der Spaltung in der Europa-Politik angestoßen wurde. Für Labour verstärkte das Ergebnis die Nervosität angesichts der WWU, während die konservative Führung spürte, dass ihr eurokritischer Ton wohl angebracht war.

Bei Labour führte dies zu einigen Anstrengungen, der öffentlichen Präsentation ihrer Politik mehr Kontur zu verleihen. Ein schneller Wechsel der Minister für Europa-Angelegenheiten im Außenministerium hat nicht geholfen (Januar-Juli: Joyce Quin, Juli-September: Geoffrey Hoon, seit September: Keith Vaz). Im Herbst 1999 begann ein rollendes Programm von Veranstaltungen der „öffentlichen Diplomatie“ durch das ganze Land, das dazu dienen sollte, dass sich Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Politiker für das europäische Projekt stark machen.

Anmerkungen

An dieser Stelle sei Graham Emery für die Unterstützung bei der Recherche gedankt.

Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbato, M.A., Ludwig-Maximilians-Universität München.

Weiterführende Literatur

Simon Bulmer and Martin Burch, The Europeanisation of Central Government: the UK and Germany in Historical Institutional Perspective, ARENA Working Paper, No. 30, Oslo, October 1999.

Andrew Gamble and Gavin Kelly, The British Labour Party and Monetary Union, in: West European Politics, January 2000, S. 1-25.

House of Lords, Select Committee on the European Communities, Taxes in the EU: Can Coordination and Competition Co-exist?, 15th Report, Session 1998-99; Schengen and the United Kingdom's Border Controls, 7th Report, Session 1999-2000; Prospects for the Tampere Special European Council, 19th Report, Session 1999-2000.